

Ich mag Bayern.

Die Leute, die Berge, die Wälder, die Seen (besonders den Langbürgner See)...das Land – so wie Aßling, die Gemeinde im südlichen Landkreis Ebersberg in der ich seit 30 Jahren mit meinem Mann lebe und in der wir unsere beiden nun erwachsenen Kinder aufgezogen haben.... Und ich mag die Stadt – München - die Stadt in der ich geboren wurde, aufgewachsen bin und studiert habe.

Ich mag Bayern und ich möchte das auch morgen noch von diesem Land sagen können. Denn:

Was man liebt zerstört man nicht!

Das ist mein Beweggrund, warum ich mich politisch engagiere.

Als gelernte Umweltingenieurin habe ich mich schon früh für Landschaftsschutz, Umweltthemen und erneuerbaren Energien interessiert und eingesetzt. Weil ich etwas bewegen und verändern wollte, bin ich vor 30 Jahren Mitglied der Grünen geworden.

Seit 29 Jahren bin ich Kreisrätin im Landkreis Ebersberg, seit elf Jahren Sprecherin der Grünen Kreistagsfraktion, 6 Jahre lang Gemeinderätin in Aßling, seit 2008 Bezirksrätin in Oberbayern, Kreisvorstandssprecherin - damit habe ich alle drei kommunalpolitischen Ebenen ausgiebig kennengelernt. Ich bin eine der längsten amtierenden Grünen Kommunalpolitikerinnen in Bayern. Mein ganzes Engagement ist dabei immer ehrenamtlich gewesen.

Meine politischen Schwerpunkte liegen nach wie vor im Bereich Umwelt. Insbesondere die Energiewende ist dabei mein zentrales Anliegen.

Thema Energiewende

Schon vor 25 Jahren konnte ich im Kreistag Ebersberg durch viel Information, Hartnäckigkeit und Überzeugungsarbeit erreichen, dass Blockheizkraftwerke in der Kreisklinik und für die Deponiegasnutzung auf meine Anträge hin ans Netz gingen.

Weiter kann ich Erfolge verbuchen wie die Einführung eines Mobilitätsforums im Landkreis Ebersberg, der ausschließliche Einsatz regenerativer Energieträger bei den Liegenschaften des Landkreises. Eine Stromauschreibung nach Kriterien, die den Bezug von echten Ökostrom ermöglichen, Leitziele für energieeffizientes und nachhaltiges Bauen u.v.m. Unter meiner Federführung haben wir Eberberger Landkreisgrüne 2008 ein eig-

nes Mobilitätskonzept erarbeitet, das heute noch genauso für uns gültig ist.

Die Themen, die wir Grüne damals als Neulinge eingebracht haben, sind mittlerweile in der Gesellschaft angekommen.

Die Zustimmung zur Energiewende ist hoch. Nach dem Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest halten 93 Prozent der Bundesbürger den verstärkten Ausbau von Sonne, Wind und Co. für "wichtig" bis "außerordentlich wichtig".

Ich spüre, es liegt Aufbruchsstimmung in der Luft. Wir stehen an der Schwelle zum postfossilen Zeitalter. Der Transformation zu einer erneuerbaren, dezentralen und regional geprägten Energieversorgung.

Grundlegende Änderungen können zu Gunsten von uns allen stattfinden. Wenn wir die Chancen nutzen.

Letztendlich können nur erneuerbare Energien unsere Energieversorgung sicherstellen, das Klima schützen und den Weltfrieden gewährleisten. Die Energiewende ist eine Daseinsvorsorge für uns alle.

Was mich stört ist das schlecht reden.

Schreckensszenarien von immensen Verteuerungen der Strompreise und die Forderung nach Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gefährden die Energiewende.

Bei der Energiewende darf nicht halbherzig vorgegangen werden, nicht einen Schritt vor, dann einen zurück gegangen werden – Wir brauchen das wirkliche politische Bekenntnis zur Energiewende. Zum Wohle von uns allen. Das gibt es nur bei den GRÜNEN.

Der wichtigste Faktor der Energiewende ist das Einsparen von Energie. Ohne Einsparen wird die Energiewende nicht gelingen. Leider vermisste ich bei all den Diskussionen um die verschiedenen Energieträger wie Windenergie, Biogas, Photovoltaik immer die wirksamen Konzepte zum Energiesparen. Lange hat es gedauert, bis ich im Kreistag und im Bezirkstag Leitlinien für nachhaltiges Bauen der eigenen Liegenschaften durchsetzen konnte. Zwei Jahre intensive Überzeugungsarbeit, aber jetzt sind die Leitziele in beiden Gremien beschlossen.

Doch Leitziele alleine machen noch keine Energiewende, wenn sie nicht bindend sind - die Zielsetzungen müssen auch umgesetzt werden. Ich stehe dafür, dass die Energiewende nicht ein bloßes Lippenbekenntnis bleibt.

Wie etwa dem 12-Punkte-Programm, des Umweltministers Marcel Huber. Demnach soll bis 2020 der Stromverbrauch in Bayern um 20% reduziert werden. Das ist sehr wichtig, nur wer setzt diese Punkte um, wenn lediglich auf Freiwilligkeit gesetzt wird und schon der Freistaat selber Geld für die Sanierung seiner Liegenschaften von 37,5 Mio. € pro Jahr auf 20 Mio. € reduziert hat? Den Wärmebereich und den Verkehr lässt Marchel Huber dabei ganz außen vor.

Thema Landschaftsschutz

Die Zentralisierung auf die Metropolregionen hat dazu geführt, dass in Bayern ganze Landstriche veröden, während in Oberbayern Großmärkte, Einzelhandelsgroßprojekte und Siedlungsdruck zu einem enormen Flächenverbrauch führen. Deshalb müssen Maßnahmen gegen Flächenneversiegelung ergriffen werden. Eine Zielvorgabe könnte das Landesentwicklungsprogramm (LEP) sein. Dort könnte eine flächenschonende Entwicklung der Raum-, Siedlungs- und Verkehrsstrukturen dargestellt und festgeschrieben werden. Was uns Wirtschaftsminister Zeil jedoch vorgelegt hat, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Im Gegenteil, Straßen und Flughäfen sollen ausgebaut werden, Verkehrsvermeidungsstrategien fehlen. Hürden für den Ausbau von riesigen Gewerbegebieten sollen beseitigt werden.

(Das Ausgleichsrecht zu lockern, wie dies die Staatsregierung vorhat, hätte zur Folge, dass preisgünstige Flächen, die meist ökologisch hochwertig sind, verbaut werden.)

Beim Natur- und Landschaftsschutz ist es falsch Wirtschaftsinteressen kontra Naturschutz zu setzen. Letztendlich profitiert auch der Wirtschaftsstandort Bayern von seiner Natur als weichen Standortfaktor. Natur ist unsere Lebensgrundlage. „Wir dürfen den Ast nicht absägen, auf dem wir sitzen“.

Ja, auch erneuerbare Energien, die so wichtig für unsere Daseinsvorsorge sind, verbrauchen Landschaft. Deshalb brauchen wir auch hierfür einen Plan. Wir müssen weg vom Wachstumswahn, vom immer mehr und immer Größer, wir müssen Energie sparen und sorgsam gezielt die Erneuerbaren Energien mit größtmöglicher Effizienz einführen. Biogasanlagen, die nur mit nachwachsenden Rohstoffen betrieben werden, die nur auf Verstromung ausgerichtet sind und die Wärme einfach an die Umluft abgegeben, sind ein trauriges Beispiel fehlgesteuerter Politik. Wir brauchen Biogasanlagen in einem Mix aus erneuerbaren Energien, die mit landwirtschaftlichen und organischen Reststoffen bzw. Abfallprodukten auch rentabel betrieben werden können.

Hinweisen möchte ich darauf, dass all die regenerativen Energieformen rückkehrbar sind, dass die Flächen nach der Nutzungsphase wieder vollständig renaturiert werden können. Im Gegensatz zu den fossilen und endlichen Energieformen, an oberster Stelle der Atomenergie, deren Abfälle nie beseitigt werden können.

Die Landwirtschaft hat aber noch ein viel gravierenderes Problem: Die Flächenkonkurrenz zwischen Teller und Trog. Die Viehhaltung beansprucht weltweit ca. 80 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen. Zudem werden schädliche Klimagase in großen Mengen produziert. Hier ist auch Bayern mit seinem Fleischexport und hohem Fleischkonsum unrühmlich beteiligt.

Thema Inklusion

Im Bezirkstag Oberbayern, dem ich seit vier Jahren angehöre, habe ich mich neben den Umweltthemen vor allem dem Thema Inklusion für Menschen mit geistigen und psychischen Behinderungen gewidmet. Die Behindertenrechtskonvention schreibt den Menschen mit Behinderungen das Recht auf Teilhabe in der Gesellschaft zu und hat bindende Wirkung. Diese gilt es Schritt für Schritt umzusetzen um eine Gesellschaft zu erhalten, in der **Inklusion eine Selbstverständlichkeit geworden ist.**

Ich möchte eine Teilhabe für Alle. Und ich möchte den Inklusionsbegriff auf alle Bereiche ausweiten. Deshalb ist eine Neuausrichtung der beschämenden bayerischen Asylpolitik und der Zugang zur Bildung für alle Bevölkerungsschichten mehr als überfällig!

Ich bin eine leidenschaftliche Kommunalpolitikerin.

Manchmal habe ich dabei „Leidenschaft“ im wörtlichen Sinn erfahren: als einzige Grüne Gemeinderätin in meiner ländlichen Gemeinde, die mit solch g'spinnerten Ideen daherkam, wie der Übernahme des gemeindlichen Stromnetzbetriebs: da war es den eingesessenen Gemeinderäten doch viel bequemer wieder einen Konzessionsvertrag für die Laufzeit von 20 Jahren mit EON abzuschließen! Um sich dann gleich den Themen wie „welchen Rohrdurchmesser sollen die neuen Abflussrohre haben“ zuzuwenden. Ich sage euch - Ich brauche kein politisches Kabarett mehr!

Doch all meine Erfahrungen im Gemeinderat, im Kreistag und im Bezirkstag möchte ich nicht missen. Gerade im Kreistag habe ich mittlerweile den Dreh raus, wie wir reihenweise Anträge durchsetzen: faire Auftragsvergabe, Holzbauweise für den Schulbau, Finanzrichtlinie, Resolution gegen rechtsradikale Tendenzen, Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen, Jugendsozialarbeit an Schulen, nachhaltiges Bauen, Mobilitätskonzept, Einstellung eines Klimaschutzmanagers, PV-Anlagen auf allen Dächern der

Liegenschaften, ausschließlich regenerative Wärmeerzeugung...Das Erfolgsrezept ist: an den Grünen Themen kommt selbst die CSU nicht mehr vorbei, die Grünen PolitikerInnen bestechen mit Wissen, und mit Diplomatie werden die anderen Parteien mitgenommen, sodass sie – die eigentlichen Dagegen-Parteien – letztendlich nicht mehr anders können als mit uns zu stimmen.

Mein Herz wird weiterhin mit der Kommunalpolitik verbunden sein. Für mich ist Kommunalpolitik nicht die unterste Ebene der Politik, sondern die Ebene, die am nächsten an den Menschen ist. Politik beginnt vor Ort! Demokratie braucht starke Kommunen!

In den Kommunen ist Politik nicht anonym, ist kein abstraktes Konstrukt - dort kann Politik erlebt werden, BürgerInnen können mitreden und PolitikerInnen im Alltag begegnet werden.

Es ist mein Anliegen, unsere Kommunen zu stärken.

Ob Kita, Schule, Job- und Gesundheitscenter –wer Hilfe braucht und sucht, sollte sie in Wohnortnähe finden. Dazu gehört die Rückbesinnung auf lokale Verkehrs- und Energienetze. Auch die Energiewende wird in den Kommunen umgesetzt.

Die Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik werden oft durch die Landespolitik gesetzt. Zur Stärkung der Kommune müssen Reformprozesse auf den Weg gebracht werden, die sich im Zweifel für die kleinere Einheit entscheiden, die Qualität und Transparenz von Einrichtungen vor Ort stärken. Vor allem muss Schluss sein, den Kommunen mehr und mehr Finanzkraft und damit Entscheidungsfreiheit zu entziehen. Das Konnexitätsprinzip darf nicht immer wieder umgangen werden und mit fadenscheinigen Begründungen notwendige Investitionen auf die Kommunen abgewälzt werden. So wie beim Thema Krippen-Ausbau: Die Ministerin Hadertauer rechnet die Realität schön und lässt Kommunen im Regen stehen, denn die Kommunen müssen die Krippenplätze garantieren und können beklagt werden. Die Finanzielle Ausstattung für diese wichtige Aufgabe haben sie jedoch nicht erhalten.

Kommunalpolitik ist unsere Grüne Basis, sie ist unsere Stärke und unser Zugang zu den BürgerInnen in Bayern. Dazu braucht es PolitikerInnen, die das Gespür für die Menschen vor Ort haben.

Als führende Landkreispolitikerin war ich bei unzähligen Veranstaltungen, Arbeitskreisen, Ehrungen, Diskussionsrunden, Infoständen, Gründungen von Energiegenossenschaften, Einweihungen, Segnungen, Sitzungen, Tagungen, Gesprächen ... Dabei habe ich viel erfahren von den Wünschen

und Problemen, Meinungen, Mentalitäten und auch von der Kritik der Menschen, für die ich politisch aktiv bin. Wenn ich im Wahlkampf gerade von der CSU höre, sie werden jetzt mehr auf die Bürger zugehen, sie gar mitnehmen (wohin bleibt unklar) – dann kann ich nur sagen: ich bin schon da! Die Leute kennen mich im Landkreis und honorierten das bei etlichen Kandidaturen von mir stets mit überdurchschnittlicher Zustimmung: Als Landratskandidatin konnte ich schon 2008 ein Wahlergebnis erreichen, das auch den politischen Gegner beeindruckte: 18,2 %

Die Landespolitik ist gut beraten sich mit all den ehrenamtlich wirkenden Kommunalpolitikerinnen und -politikern zu vernetzen um eine direkte Rückmeldung und um Anregungen zu bekommen. So möchte ich neben meinen politischen Schwerpunkten meine Erfahrung und mein Engagement für den Austausch zwischen unserer GRÜNEN Kommunalebene und der Arbeit in der Landtagsfraktion einsetzen.

Denn Landespolitik braucht Kommunalpolitik und umgekehrt!

Eine Kontaktstelle zwischen Landespolitik und Kommunalpolitik zu sein, sehe ich als eine Aufgabe an, die ich gerne und mit großer Freude übernehmen würde.

Neben all den politischen Themen habe ich aber in meiner langjährigen Tätigkeit erfahren, dass neben Inhalten die menschliche Komponente entscheidend ist. Zum einen geht es um Fairness und den respektvollen Umgang, das offene Ohr gegenüber dem Umfeld.

Vor allem aber ist für mich entscheidend, wie eine Fraktion miteinander umgeht und miteinander arbeitet. Das trägt erheblich zum Gelingen der politischen Ziele bei. Wenn ihr die Kreistagsfraktion in Ebersberg fragt, deren Sprecherin ich nun schon seit über 10 Jahren bin, dann wird sie euch bestätigen, ein gutes menschliches Klima macht Spaß und bringt auch politische Erfolge. Gemeinsam sind wir stark, dessen bin ich mir absolut bewusst.

(Ich mag eine einfache und verständliche Sprache – gerade Politik soll ja auch verstanden werden, schließlich geht es dabei um etwas das alle angeht. Ich mag keine politischen Floskeln und ich denke, dass ich dadurch auch nahbar bin.)

Wichtig ist für mich persönlich, dass ich meinen politischen Ansprüchen auch selbst gerecht werde. So lege ich Wert darauf im Alltag das selbst zu leben, was ich politisch vertrete. Beim Einkaufen, in der Ernährung, beim Wohnen, Gebäudesanieren, Gärtnern, in der Erziehung, beim Energiesparen, im öffentlichen Nahverkehr, Müll vermeiden und vielem mehr. Umge-

kehrt finde ich, dass Politik nichts Abgehobenes ist, sondern dass alltägliche Erfahrungen in politische Themen umzusetzen sind. Diese Sichtweise vermisste ich leider oft in der Politik.

Für mich gibt es kein „oben“ oder „unten“. Es gibt keinen „Bürger da draußen“ und es sollte keine Politikerinnen und Politiker geben, die den Kontakt zur Wirklichkeit und zum Alltag verloren haben.

Nach meinen Jahren der ehrenamtlichen Erfahrung in der Kommunalpolitik im Kreistag, Gemeinderat und Bezirkstag ist es für mich jetzt ein stimmiger Schritt, die Themen, die sich wie ein roter Faden durch meine politische Laufbahn ziehen, nun auch auf Landesebene einzubringen.

Der Ebersberger Kreisverband hat mich einstimmig als Direktkandidatin aufgestellt. Da mein Wahlkreis von der Anzahl der Wahlberechtigten her klein ist, bin ich auf einen aussichtsreichen Listenplatz angewiesen.

Falls ich euch überzeugen konnte, dann hoffe auf eure Unterstützung.

